

V-84 Die Eskalationsspirale durchbrechen - Komplexität und Verantwortung im Nahostkonflikt und in der Nahost-Debatte in Deutschland.

Antragsteller\*in: Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 In Deutschland erleben wir gegenwärtig, wie der Nahostkonflikt auch hier zu  
2 intensiven Debatten führt und das gesellschaftliche Klima beeinflusst. Die  
3 Auseinandersetzungen sind oft von starken Emotionen geprägt und bergen die  
4 Gefahr, bestehende gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Die Anschläge vom  
5 7. Oktober 2023 haben in Deutschland zu Recht großes Entsetzen hervorgerufen und  
6 uns als Gesellschaft daran erinnert, dass die Sicherheit von Jüdinnen und Juden  
7 nie selbstverständlich ist und Tag für Tag erkämpft werden muss. In diesem  
8 Zusammenhang bekennen wir uns klar zum Existenzrecht Israels, das eine  
9 grundlegende Voraussetzung für die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft  
10 weltweit und den Schutz vor antisemitischen Übergriffen darstellt. Dieser  
11 Angriff hat Jüdinnen und Juden weltweit – und damit auch Hunderttausende  
12 Menschen in Deutschland – in Angst versetzt. Gleichzeitig leben in Deutschland  
13 ebenfalls Hunderttausende Menschen mit familiären, freundschaftlichen und  
14 emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte  
15 umliegende Region. Sie sorgen sich genauso um ihre Angehörigen und Freunde im  
16 Gazastreifen, in der Westbank und im Libanon, sie empfinden Trauer um die Opfer  
17 der Angriffe und bangen um ihre Liebsten.

18 Unsere vielfältige Gesellschaft ist damit in vielerlei Hinsicht tief verwoben  
19 mit dem Schmerz und dem Leid dieser Region. Es ist daher unerlässlich, diesen  
20 Schmerz in all seinen Facetten anzuerkennen und ihm Raum in der Öffentlichkeit  
21 zu geben – unabhängig davon, ob er aus einer jüdischen, palästinensischen oder  
22 anderen Perspektive empfunden wird, unabhängig davon, wie wir politisch auf die  
23 zugrunde liegenden Konflikte blicken. Ein Blick auf den Libanon zeigt uns, wie  
24 eine Gesellschaft, die durch Vielfalt geprägt ist, auch durch Konflikte  
25 zerrissen werden kann. Es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, aufeinander  
26 zuzugehen, Brücken zu bauen und auch in schwierigen Zeiten Raum für  
27 gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

28 Als Bündnis 90/Die Grünen möchten wir unserer Verantwortung gerecht werden und  
29 einen Beitrag dazu leisten, dass unterschiedliche Perspektiven gehört und  
30 respektiert werden. Wir stehen für eine Politik, die auf den Grundwerten der  
31 Menschenrechte, des Völkerrechts und der Demokratie basiert. Es geht darum,  
32 Räume zu schaffen, in denen ein offener und konstruktiver Austausch möglich ist  
33 – ohne Vorurteile und Ausgrenzung.

34 Wir sehen die Notwendigkeit, einen Umgang mit dem Nahostkonflikt zu entwickeln,  
35 der der Komplexität der Situation gerecht wird und zugleich unsere eigenen  
36 gesellschaftlichen Herausforderungen berücksichtigt. Durch Förderung von  
37 interkulturellem und interreligiösem Dialog wollen wir Brücken bauen und  
38 Radikalisierungstendenzen entgegenwirken. Bildung und Aufklärung spielen dabei  
39 eine zentrale Rolle, um Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen.

40 Unser Ziel ist es, auch hier durch respektvollen Dialog und Zusammenarbeit  
41 Lösungen zu erarbeiten. Indem wir auch hier den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
42 in den Mittelpunkt stellen, können wir zu einer friedlicheren und gerechteren  
43 Zukunft beitragen.

44 1. Klare Haltung im Nahostkonflikt und Förderung des gesellschaftlichen Dialogs:

45 Wir bekennen uns zu einer differenzierten, völkerrechtsbasierten und  
46 menschenrechtsorientierten Positionierung im Nahostkonflikt. Wir setzen uns  
47 dafür ein, dass in Deutschland Räume geschaffen und erhalten werden, die einen  
48 offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen  
49 gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung,  
50 Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen  
51 Zusammenhalt zu stärken. Dies beinhaltet die Förderung von Initiativen, die den  
52 interkulturellen und interreligiösen Austausch unterstützen und Vorurteile  
53 abbauen. Auch öffentliche Räume wie Bürgerhäuser, Theater und Hochschulen müssen  
54 diesen Dialog ermöglichen.

55 2. Für Frieden und Gerechtigkeit - Ablehnung von Gewalt, Forderung nach  
56 Deeskalation und Stärkung humanitärer Hilfe:

57 Wir verurteilen entschieden die grausamen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober  
58 2023, die durch wahllose Gewalt gegen Zivilist\*innen in Israel, durch Morde und  
59 Entführungen gekennzeichnet waren. Wir fordern die internationale Gemeinschaft  
60 eindringlich auf, die Hamas zur Rechenschaft zu ziehen und dringen auf die  
61 sofortige Freilassung aller Geiseln aus ihren Händen. Das  
62 Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir jedoch mit  
63 großer Besorgnis und unterstützen ausdrücklich eine unabhängige Untersuchung  
64 möglicher  
65 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, zumal die israelische Regierung  
66 eine unabhängige Aufarbeitung des Hamas-Angriffs und des darauf folgenden  
67 Krieges blockiert. Die fortgesetzte Siedlungspolitik und die Besatzung der  
68 Westbank sowie die Gewalt durch radikale Siedler\*innen gegen palästinensische  
69 Zivilist\*innen müssen sofort beendet werden, da sie nicht nur völkerrechtswidrig  
70 sind, sondern auch ein Hindernis für den Frieden in der Region darstellen. Die  
71 gegenwärtige Politik der israelischen Regierung gefährdet die langfristige  
72 Sicherheit der israelischen Bürger\*innen, da sie zu einer Eskalation der Gewalt  
73 beiträgt und die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung untergräbt.  
74 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird  
75 nur möglich sein, wenn es auch anhaltende Sicherheit für Palästinenser\*innen  
76 gibt, und umgekehrt. Daher geben wir die Suche nach einer politischen Vision  
77 nicht auf, in der beide Völker friedlich Seite an Seite in zwei Staaten leben.

78 Angesichts der akuten humanitären Krise im Gazastreifen ist die sofortige  
79 Bereitstellung umfassender Hilfe von größter Dringlichkeit. Die UNRWA leistet  
80 durch ihre Arbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale  
81 Dienste einen unverzichtbaren Beitrag. Es gibt derzeit keine  
82 Alternativstrukturen, die diese Aufgaben übernehmen können. Ein Ende oder eine  
83 Unterfinanzierung der UNRWA würde zur Destabilisierung der gesamten Region  
84 führen und auch wichtige Partner wie Jordanien beeinträchtigen. Wir setzen uns  
85 nachdrücklich für eine angemessene Finanzierung der UNRWA ein. Gleichzeitig ist  
86 es entscheidend, die Organisation vor extremistischen Einflüssen zu schützen und  
87 ihre Integrität zu wahren. Wir setzen uns deshalb entschieden dafür ein, die

88 Kontrollmechanismen und Einstellungsprozesse innerhalb der UNRWA weiter zu  
89 verbessern, um die Integrität der Organisation zu stärken und sie vor  
90 unerwünschten Einflüssen zu schützen.

91 3. Verteidigung der völkerrechtsbasierten Ordnung und internationaler  
92 Institutionen:

93 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten  
94 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des Völkerrechts basiert.  
95 Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, insbesondere der Internationale  
96 Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, sind zentrale Säulen einer  
97 völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt  
98 werden. Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,  
99 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um  
100 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

101 4. Differenzierte Definition von Antisemitismus:

102 Antisemitismus bedroht uns alle – er vergiftet das gesellschaftliche  
103 Miteinander, untergräbt die Grundlagen von Demokratie und Menschenrechten, das  
104 Fundament für unser Zusammenleben in Deutschland und unsere historische  
105 Verantwortung für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden, der wir gerecht werden  
106 wollen und müssen. Aus diesem Grund setzen wir uns entschlossen gegen jede Form  
107 von Antisemitismus ein. In einer Zeit, in der Hass und Ausgrenzung zunehmen, ist  
108 es unsere gemeinsame Aufgabe, antisemitischen Tendenzen aktiv entgegenzutreten  
109 und sie klar zu benennen. Um dieses Ziel wirksam zu verfolgen, sprechen wir uns  
110 für eine differenzierte Handhabung von Antisemitismusdefinitionen aus. Die nicht  
111 rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International  
112 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA-Definition) ist international weit  
113 verbreitet. Wir sehen aber die Notwendigkeit, auch weitere Definitionen wie die  
114 Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) oder das Nexus-Dokument zu  
115 berücksichtigen. Diese ermöglichen es besser, zwischen antisemitischen Aussagen  
116 und legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik klar zu  
117 unterscheiden, ohne antisemitische Tendenzen zu verharmlosen oder die  
118 Meinungsfreiheit unangemessen einzuschränken.

119 5. Schutz der Wissenschaftsfreiheit:

120 Wir fordern die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit als unverzichtbaren  
121 Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Nur eine freie Wissenschaft kann die  
122 technischen und sozialen Innovationen hervorbringen, auf die wir als  
123 Industrieland angewiesen sind. Nur sie kann der Rahmen für ein Nachdenken und  
124 eine Reflexion unseres Denkens und Fühlens sein. Dazu gehört es, Ideen,  
125 Meinungen und Gedanken zuzulassen, die anstößig, ungewöhnlich oder marginal  
126 erscheinen. Staatliche Eingriffe oder administrativer Druck, die darauf  
127 abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse unangemessen zu beschränken,  
128 Wissenschaftler\*innen aufgrund politischer Ansichten von Förderung  
129 auszuschließen oder sie zu sanktionieren, schaden uns als Gesellschaft. Das gilt  
130 besonders angesichts der Tatsache, dass unsere Hochschulen und  
131 Wissenschaftseinrichtungen international weitreichend vernetzt sind. Wir  
132 brauchen die Zusammenarbeit, den Dialog und auch die Auseinandersetzung mit  
133 Wissenschaftler\*innen aus Südafrika ebenso wie aus Israel, aus den USA ebenso  
134 wie aus China. Deshalb ist klar, dass wir Boykottaufrufen gegen jüdische oder  
135 israelische Wissenschaftler\*innen aufs strengste entgegentreten. Denn wir treten

136 dafür ein, dass wir offene Gespräche über den Nahostkonflikt, Kolonialismus und  
137 globale Gerechtigkeit führen können - aus unterschiedlichsten Perspektiven.

138 6. Demut als Teil unserer historischen Verantwortung:

139 Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit ist untrennbar mit unserer  
140 historischen Verantwortung verbunden. Deutschland hat aus den Verbrechen des  
141 Nationalsozialismus gelernt. Mutige Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung,  
142 Justiz und Zivilgesellschaft haben seit Ende des Zweiten Weltkriegs, oft gegen  
143 erhebliche Widerstände, durchgesetzt, dass Deutschland sich seiner einzigartigen  
144 Verantwortung stellt: Täter\*innen der Shoah wurden juristisch zur Rechenschaft  
145 gezogen, Opfer entschädigt, das Gedenken fester Teil des öffentlichen Raums, und  
146 das Wissen um die Verbrechen des Nationalsozialismus ist integraler Bestandteil  
147 unserer Bildungspläne. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Dieser Stolz muss  
148 aber auch anerkennen, dass diese Errungenschaften keinesfalls eine  
149 Selbstverständlichkeit waren, dass Täter\*innen viel zu lang in hohen Ämtern  
150 saßen, dass die Profiteure von Arisierungen und Kollaboration deren Früchte  
151 oftmals allzu sicher behalten durften. Heute, wo diese Errungenschaften fester  
152 Teil der politischen Mitte sind, werden sie von einer wachsenden Zahl von  
153 Menschen, vor allem von Rechtsaußen, wieder in Frage gestellt.

154 Aus dem Wissen um die singulären Verbrechen der NS-Zeit und die Geschichte der  
155 deutschen Erinnerungskultur sollten wir daher eine Haltung der Demut und nicht  
156 der Überheblichkeit ableiten. Wir können mit ihren Errungenschaften  
157 selbstbewusst weltweit auftreten, wir können Vorbild und Orientierung sein.  
158 Zugleich müssen wir in den Dialog mit denjenigen treten, deren historische  
159 Erfahrungen sie zu anderen Perspektiven und Begrifflichkeiten im Umgang mit  
160 globaler Gewaltgeschichte geführt haben. Die Grundlagen dieses Dialogs sind für  
161 uns klar: Die unbedingte Achtung der Menschenwürde, die Anerkennung der Shoah  
162 als Menschheitsverbrechen, eine klare Orientierung an Menschenrechten und  
163 Völkerrecht.

164 7. Schutz der Versammlungs- und Meinungsfreiheit:

165 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich  
166 auch in der aktuellen, angespannten Lage verbrieft – unter der Bedingung, dass  
167 Demonstrationen angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des  
168 Strafrechts eingehalten werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und  
169 Standpunkte vertreten werden, die für viele an die Grenzen des Erträglichen  
170 gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch für die hier lebenden  
171 Palästinenser\*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und  
172 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, im Westjordanland und  
173 im Libanon im Rahmen der geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe  
174 zu Terror, für Terrororganisationen oder Antisemitismus.

175 8. Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, Stärkung der Präventions- und  
176 Bildungsarbeit:

177 Wir setzen uns für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur ein, die die  
178 vielfältigen Erfahrungen und Geschichten einer Einwanderungsgesellschaft  
179 berücksichtigt, ohne die einzigartige Bedeutung der Shoah zu relativieren. Die  
180 deutsche Kolonialgeschichte sowie aktuelle Formen von Rassismus, Antisemitismus  
181 und Diskriminierung müssen stärker in den Fokus der Erinnerungsarbeit rücken.  
182 Die Errichtung neuer Gedenk- und Lernorte, die all diese Themen aufgreifen, soll

183 gefördert werden, um das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und den  
184 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese neuen Orte dürfen ausdrücklich  
185 nicht auf Kosten der bewährten Erinnerungsarbeit an die Shoah und deren  
186 Weiterentwicklung gehen.

187 Zugleich plädieren wir für eine verstärkte pädagogische Präventionsarbeit gegen  
188 alle Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.  
189 Angesichts des grassierenden antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft  
190 sehen wir es als besonders dringlich an, diese Form der Diskriminierung klar zu  
191 benennen und aktiv dagegen vorzugehen. Bildungseinrichtungen sollen systematisch  
192 Themen wie Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Kolonialgeschichte und  
193 weitere Aspekte von Diskriminierung in ihren Lehrplänen verankern. Wir fordern  
194 die Förderung von Projekten, die den interkulturellen und interreligiösen Dialog  
195 unterstützen und Extremismusprävention als integralen Bestandteil der  
196 Bildungsarbeit verankern. Die Vielfalt und Unabhängigkeit der Trägerlandschaft  
197 in Bildungs- und Präventionsarbeit muss erhalten und nachhaltig gefördert  
198 werden, um der zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken und die demokratische  
199 Resilienz zu stärken.

200 9. Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG):

201 Wir fordern eine Reform des AGG, um die Diskriminierungstatbestände um die  
202 Merkmale Staatsbürgerschaft und Staatenlosigkeit zu erweitern. Dies ist  
203 notwendig, um allen in Deutschland lebenden Menschen einen umfassenden  
204 rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu bieten, unabhängig von ihrem  
205 rechtlichen Status. Zum Beispiel würden israelische Staatsbürger\*innen ,  
206 palästinensische Staatenlose und andere Betroffene von dieser Erweiterung  
207 profitieren, da sie derzeit nicht ausreichend vor Diskriminierung geschützt  
208 sind. Zudem soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt werden, um  
209 Betroffenen effektive Unterstützung zu gewährleisten und strukturelle  
210 Diskriminierungen wirksam anzugehen.

## weitere Antragsteller\*innen

Sonja Regler (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Tobias Bacherle (KV Böblingen);  
Margarete Bause (KV München); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan-Bauke Baumann (KV  
Osterholz); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Steffen Hagemann (KV  
Kaiserslautern); Awet Tesfaiesus (KV Kassel-Stadt); Henrik Rubner (KV Berlin-Kreisfrei); Gertrud Amrein  
(KV Frankfurt); Mogdeh Töbelmann (KV Diepholz); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf);  
Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte); Elisabeth Amrein (KV Frankfurt); Marcel Dickow (KV Berlin-Mitte);  
Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Asena Baykal (KV Berlin-Mitte); sowie 69 weitere  
Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.